

EU-Nachrichten

03
2018

KURZ & KNAPP

Winterprognose

3

Stärkstes Wachstum seit 10 Jahren erwartet

IM FOKUS

Westbalkanstaaten

4

EU unterstützt Beitrittsperspektive von sechs Ländern

Safer Internet

5

Sicherheit von Kindern steht im Vordergrund

EUROBAROMETER-UMFRAGE

Ansehen der EU bei den Bürgern wächst

In einer unruhigen Welt betrachtet die Mehrheit der Europäerinnen und Europäer die EU als Hort der Stabilität. 71 Prozent sind europaweit dieser Ansicht, in Deutschland sogar 81 Prozent, wie aus einer Eurobarometer-Umfrage hervorgeht. „Die Europäische Union genießt so viel Ansehen wie seit zwei Jahren nicht mehr. 45 Prozent der Deutschen haben ein positives Bild von der EU, 40 Prozent der Europäer insgesamt“, sagte Richard Kühnel, Vertreter der EU-Kommission in Deutschland.

„Dass die Menschen wieder optimistisch in die gemeinsame Zukunft schauen, bringt das Momentum, das die EU braucht, um vereinter, stärker und demokratischer zu werden“, erklärte er. Die Zuversicht habe generell zugenommen, nicht nur mit Blick auf wirtschaftliche Erfolgsdaten. Insgesamt wurden 33.193 Personen in allen EU-Mitgliedstaaten sowie den Kandidatenländern befragt, in Deutschland waren es 1.565 Personen.

▮ [Eurobarometer 2018](#)



EU-Kommissionspräsident Juncker und Haushaltskommissar Oettinger: Die Mitgliedstaaten sollen ihre Prioritäten für die künftigen EU-Finzen festlegen – und diese dann auch bezahlen.

Credit © European Union, 2018

VORSCHLÄGE FÜR EUROPAWAHL UND HAUSHALT

EU soll noch effizienter werden

Auch nach der Europawahl 2019 soll eine Persönlichkeit EU-Kommissionspräsident oder -präsidentin werden, die als Spitzenkandidat einer europäischen Parteienfamilie in den Wahlkampf gezogen ist. Für die Beibehaltung dieses 2014 erstmals getesteten Systems, das auch vom Europäischen Parlament unterstützt wird, hat sich die EU-Kommission ausgesprochen.

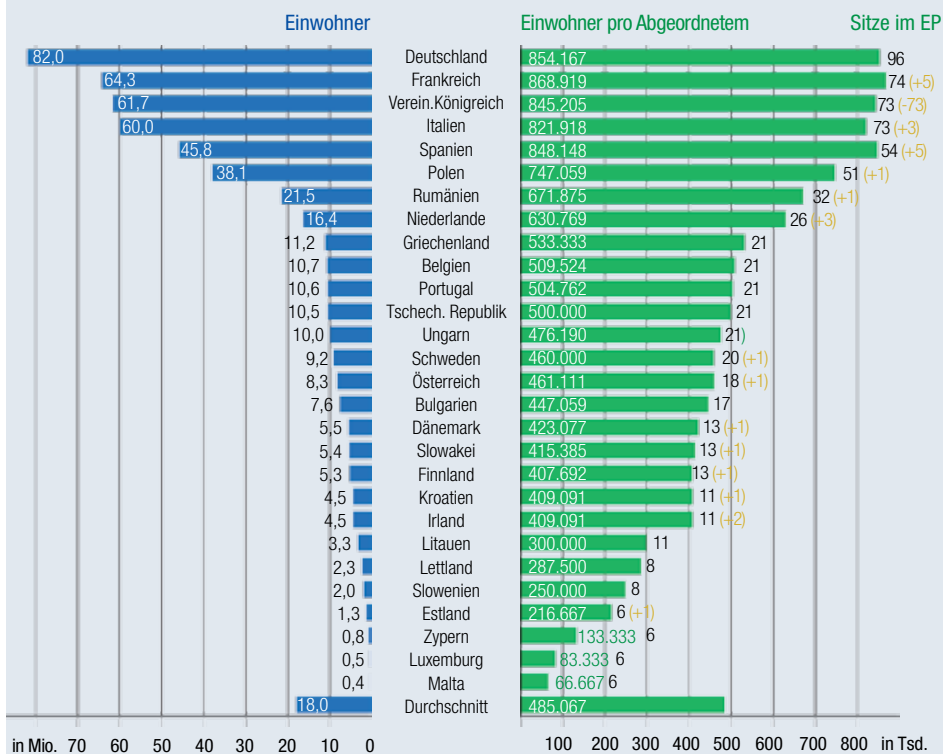
> Sie präsentierte weitere Ideen, wie die EU-Institutionen noch effizienter arbeiten könnten. Die Staats- und Regierungschefs von 27 Mitgliedstaaten (ohne Großbritannien) wollen bei einem Gipfeltreffen am 23. Februar über institutionelle Fragen sprechen und auch über die mehrjährige EU-Haushaltsplanung nach 2020. Dafür legte die Kommission Berechnungen vor, was verschiedene politische Alternativen kosten würden.

„Es macht Sinn, dass die Menschen wissen, wenn sie zur Wahl gehen, wer Kommissionspräsident würde“, sagte der Amtsinhaber

Jean-Claude Juncker. Er war 2014 als Spitzenkandidat von der Europäischen Volkspartei (EVP) nominiert worden, zu der auch die deutschen Parteien CDU und CSU gehören. Sie hatte die meisten Stimmen bekommen. Juncker betonte, der Wahlsieger werde nicht automatisch Kommissionspräsident, weil dieser von einer Mehrheit der EU-Staats- und Regierungschefs nominiert werden müsse. Er halte es aber „nicht für klug“, sich nicht für einen der Spitzenkandidaten zu entscheiden. Das Europäische Parlament hat klar gemacht, dass es niemanden zum Kommissionspräsidenten wählen will, der sich nicht als Spitzenkandidat präsentiert hat. >>

STIMMGEWICHTUNG IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

Einwohner pro Parlamentarier berechnet auf die derzeitigen Mitgliedsländer. In Gelb die Vorschläge des Europäischen Parlaments zur Umverteilung von durch den Brexit freiwerdenden Sitzen.



Quellen: Bundeszentrale für politische Bildung, Europäisches Parlament

stellen soll. Ein kleineres Kollegium könne theoretisch effizienter funktionieren. Die Kommissionsmitglieder hielten es aber für sinnvoll, dass alle Staaten vertreten seien, sagte Juncker. Schon alleine, damit die Kommissare und Kommissarinnen die EU-Politik in allen Mitgliedstaaten erklären könnten.

Wichtiges Thema beim EU-Gipfel ist auch der mittelfristige EU-Finanzrahmen (MFR) nach 2020. Die EU-Kommission hat dafür aufgelistet, welche Mittel zur Erreichung unterschiedlich ambitionierter Ziele bei Grenzschutz, gemeinsamer Verteidigung oder Förderung der Digitalisierung erforderlich wären. Bei der Haushaltsplanung gehe es im Kern darum, Prioritäten zu setzen, sagte Juncker. „Darum lassen sie uns zunächst darüber reden, welches Europa wir wollen“, forderte er. „Dann müssen die Mitgliedstaaten für ihre ehrgeizigen Pläne die entsprechenden Mittel bereitstellen“.

„Sinnentleerte“ Nettozahlerdebatte beenden

Die Kommission werde ihren konkreten MFR-Vorschlag am 2. Mai präsentieren, kündigte Haushaltskommissar Günther Oettinger an. Er rief die Gesetzgeber auf, sich vor Beginn des Europawahlkampfes im Frühjahr 2019 auf den Finanzrahmen zu einigen. Beim letzten MFR sei die Entscheidung erst im Dezember 2013 und damit viel zu spät gefallen. 2014 und der Jahresbeginn 2015 seien „eine völlig verlorene Zeit“ gewesen, sagte Oettinger. Viele Programme hätten nicht anlaufen können. Er appellierte auch an die Mitgliedstaaten, auf die „zunehmend sinnentleerte“ Nettozahlerdebatte zu verzichten. „Bei Agrarmitteln und Kohäsion kann man noch einigermaßen erkennen: was zahlt ein Mitgliedstaat ein, was bekommt er raus. Aber bei grenzüberschreitender Infrastruktur, gemeinsamem Grenzschutz, Forschung und Entwicklungshilfe ist die Nettozahlerbetrachtung schlicht Blödsinn“, sagte Oettinger. (frh)

Ideen für eine effizientere EU

Dialog mit den Bürgern

Europas Bürgerinnen und Bürger sollen nach Ansicht der EU-Kommission intensiv in die Diskussion über die Zukunft der EU einbezogen werden. Die Kommission habe bereits gut 450 Bürgerdialoge organisiert, sagte Kommissionspräsident Juncker. Etwa 500 sollten bis zur Europawahl im Mai 2019 noch folgen.

>> Die EU-Staaten müssten nicht unbedingt den Kandidaten der stärksten Parteienfamilie vorschlagen, wohl aber einen, der eine Mehrheit im Parlament hinter sich habe, sagte der SPD-Europaabgeordnete Jo Leinen. „Bei der Wahl des Bundeskanzlers würde der Bundespräsident auch nicht auf die Idee kommen, dem Bundestag einen Kandidaten vorzuschlagen, der im Parlament keine Mehrheit hat“, so Leinen.

EU-Themen sollen Wahlkampf bestimmen

Juncker sagte, er sei das „Versuchskaninchen 2014“ gewesen und empfahl den politischen Familien, ihren Spitzenkandidaten nicht erst wenige Wochen vor der Wahl, sondern möglichst noch vor Ende dieses Jahres zu ernennen. Außerdem sollten die nationalen Parteien im Wahlkampf deutlich machen, zu welcher europäischen Parteienfamilie sie gehören und sich eindeutig zu wichtigen europäischen Fragen positionieren.

Die Staats- und Regierungschefs müssen beschließen, was aus den 73 Sitzen im Europaparlament werden soll, die durch den Austritt der Briten aus der EU frei werden. Das Parlament schlägt vor, 27 davon auf 14 Mitgliedstaaten zu verteilen, die derzeit unterrepräsentiert

sind (siehe Grafik). Derzeit kommen besonders Frankreich und Spanien dabei schlecht weg.

Angestrebt wird, dass sich das Verhältnis von Bevölkerung zu Parlamentssitzen mit zunehmender Bevölkerungszahl erhöht, wobei kein kleinerer Staat mehr Sitze erhält als ein größerer Staat. Dass ein Europaabgeordneter nicht in jedem Land gleich viele Menschen vertritt liegt daran, dass einerseits auch kleine Länder eine Mindestzahl von Sitzen bekommen und andererseits das Parlament nicht zu groß werden soll. So ist die maximale Zahl von Abgeordneten auf 96 festgelegt. Diese Zahl erreicht nur der größte EU-Staat Deutschland.

Das Parlamentsplenum hat sich dagegen ausgesprochen, einen transnationalen Wahlkreis zu bilden, über den 27 weitere frei werdende Sitze vergeben werden könnten. Die Kommission glaubt, das könnte die europäische Dimension der Wahl stärken, weil Kandidaten sich an Bürger in der ganzen EU wenden können. Juncker empfahl, die Idee nach 2019 weiterzuverfolgen. Die Staats- und Regierungschefs müssen auch entscheiden, ob auch in Zukunft jeder Mitgliedstaat einen Kommissar oder eine Kommissarin

WINTERPROGNOSE FÜR DIE EU-WIRTSCHAFT

Stärkstes Wachstum seit zehn Jahren

Die Wachstumsraten für den Euroraum und die EU haben die Erwartungen im vergangenen Jahr übertroffen. Der positive Trend dürfte sich bis weit ins nächste Jahr fortsetzen, schreibt die EU-Kommission in ihrer Winterprognose für die Konjunktur. Die Wachstumserwartungen für Euroraum und EU für 2018 und 2019 wurden auf 2,3 bzw. 2,0 Prozent erhöht. „Der Euroraum kann sich über Wachstumsraten freuen, wie wir sie zuletzt vor der Finanzkrise gesehen haben“, sagte Pierre Moscovici, EU-Kommissar für Wirtschafts- und Finanzangelegenheiten. 2017 sei schätzungsweise ein Zuwachs von 2,4 Prozent erreicht worden.

Für die drei größten Volkswirtschaften in der Eurozone – Deutschland, Frankreich und Italien – erhöhte die Kommission ihre Wachstumsprog-

nosen durchgehend. Das Wirtschaftswachstum sei ausgewogener als noch vor zehn Jahren und mithilfe „intelligenter Strukturreformen und einer verantwortungsvollen Fiskalpolitik“ könne es auch beständiger werden. „Dieses Reformfenster wird aber nicht ewig offenbleiben: Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, eine ambitionierte Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion zu beschließen“, so Moscovici.

■ [Winterprognose 2018](#)



Credit © European Union, 2018

EU-GLOBALISIERUNGSFONDS

2,1 Mio. Euro für entlassene Goodyear-Mitarbeiter

Knapp 650 ehemalige Beschäftigte des 2017 geschlossenen Reifenwerks von Goodyear im baden-württembergischen Philippsburg sollen 2,1 Mio. Euro Unterstützung aus dem EU-Globalisierungsfonds bekommen. Das hat die EU-Kommission vorgeschlagen. Die Unterstützung „wird diesen Arbeitnehmern helfen, ihre Kenntnisse anzupassen, und ihnen den Übergang in neue Jobs erleichtern oder ihnen helfen, eigene Unternehmen zu gründen“, erklärte EU-Arbeits- und Sozialkommissarin Marianne Thyssen. Ausgezahlt werden kann das Geld nach Zustimmung von EU-Staaten und Europäischem Parlament. Die EU leistet damit einen Beitrag zu einem Hilfspaket von insgesamt 3,6 Mio. Euro. Das Geld ist für Hilfe bei der Jobsuche gedacht, es sollen auch Fort- und Weiterbildungen und Unterstützung bei der Unternehmensgründung finanziert werden.

Das Aus für das Reifenwerk in Philippsburg mit knapp 900 Beschäftigten, dem größten Arbeitgeber der Region, war Ende April besiegelt worden. Hintergrund waren laut Kommission Überkapazitäten bei bestimmten Reifentypen aufgrund starker Konkurrenz aus Asien. Der EU-Globalisierungsfonds wurde 2007 ins Leben gerufen, um Arbeitnehmer zu unterstützen, die aufgrund der Globalisierung ihren Job verloren haben. Seit 2009 können die Gelder auch für Arbeitnehmer genutzt werden, die im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise entlassen wurden.

■ [EU-Hilfen für Goodyear-Mitarbeiter](#)

REGIERUNGSBILDUNG IN DEUTSCHLAND

Juncker lobt Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD

Der von CDU/CSU und SPD in Deutschland ausgehandelte Koalitionsvertrag ist nach Ansicht von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker aus europapolitischer Sicht sehr positiv zu bewerten, weil er die „neue Aufbruchstimmung in Europa“ aufnehme. „Wo gibt es eine Regierung, die, sehr zu Beginn, sich derart auf europapolitische Themen festlegt?“, sagte Juncker der Presse. „Das Europakapitel gefällt mir sehr gut.“ Die künftige Bundesregierung habe sich „klar und überprüfbar festgelegt“.

Besonders würdigte Juncker die Bereitschaft der drei Parteien, die deutschen Beiträge für den EU-Haushalt zu erhöhen. „Es steht im Koalitionsvertrag, dass man bereit wäre, wenn denn erwiesener Mehrwert festgestellt wurde, mehr in den europäischen Haushalt einzubzahlen. Mir ist keine andere Regierung in Europa bekannt, die derartig forsch überlegt und nicht naiv in europäische Zukunftsrichtung sich auf den Weg macht“, sagte Juncker. Zudem lobte der Kommissionspräsident den „fast flammenden Appell“ für Rechtsstaatlichkeit in Europa. Ebenso hilfreich sei der Hinweis im Koalitionsvertrag „auf die Beständigkeit der deutsch-polnischen Freundschaft“. Das Thema Europa haben Union und SPD ganz an den Anfang ihrer 179 Seiten umfassenden Vereinbarungen gestellt. Man wolle „eine Erneuerung und einen neuen Aufbruch“ für die EU, heißt es auf den fünf Seiten zu diesem Thema.

■ [Lob für deutschen Koalitionsvertrag](#)

ENERGIEVERSORGUNG IN DEUTSCHLAND

Finanzierungsregeln für Stromreserve genehmigt

Deutsche Stromnetzbetreiber dürfen zwischen Oktober 2019 und Oktober 2025 Reservekraftwerke dafür bezahlen, dass sie in Notfällen Strom mit einer Leistung von maximal zwei Gigawatt ins Netz einspeisen. Die Kosten können sie sich über die Netzentgelte von den Verbrauchern wiederholen. Die EU-Kommission genehmigte die Einrichtung der strategischen Reserve. Die Regeln seien in Absprache mit der Kommission so geändert worden, dass Wettbewerbsverzerrungen beschränkt blieben, erklärte EU-Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager. Auch in Belgien, Frankreich, Griechenland, Italien und Polen wurden Kapazitätsmechanismen genehmigt. „Diese Mechanismen werden den Wettbewerb zwischen allen potenziellen Kapazitätsanbietern stärken – zum Vorteil der Verbraucher und unseres europäischen Energiemarktes“, so Vestager.

Deutschland begründet die strategische Reserve damit, dass eventuelle Versorgungsgengpässe im Zuge der Energiewende abgedeckt werden müssen. Die Reservekapazität soll alle zwei Jahre im Licht aktueller Marktentwicklungen neu berechnet werden. Die Kosten für die Stromkunden sollen durch wettbewerbliche Ausschreibungen alle zwei Jahre unter Kontrolle bleiben. Deutschland habe sich auch bereiterklärt, Stromabnehmern, die bereit sind, ihren Verbrauch zu drosseln, die gleichen Wettbewerbsbedingungen wie Kraftwerksbetreibern zu geben, hieß es.

■ [Stromversorgungssicherheit](#)

Sechs Länder sollen auf Weg in EU unterstützt werden



Die EU hilft auf dem Westbalkan, Brücken zu bauen. Auch im wörtlichen Sinn, wie hier zwischen dem serbisch- und dem albanischsprachigen Teil von Mitrovica (Kosovo).

> Die Kommission stellte ihnen aber weitere Finanzmittel und gezielte Unterstützung in sechs Politikfeldern in Aussicht. „Entweder wir exportieren Stabilität oder importieren Instabilität“, sagte EU-Erweiterungskommissar Johannes Hahn, der eine „Erweiterungsmüdigkeit“ in vielen EU-Staaten einräumte. Der Österreicher verwies zudem auf das wirtschaftliche Potenzial der Region mit ihren 18 Millionen Verbrauchern.

Eine neuerliche Erweiterung der EU hält die Kommission 2025 für möglich, dies sei aber keine Zielvorgabe. Erstmals hatten die EU-Staats- und Regierungschefs im Juni 2003 der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Albanien, Kosovo, Serbien, Montenegro und Bosnien-Herzegovina die Perspektive eines EU-Beitritts in Aussicht gestellt. „Wir bekräftigen heute, dass die Tür unserer Union für den westlichen Balkan, der bereits eine von EU-Mitgliedstaaten umgebene Enklave ist, offensteht und unser Angebot ehrlich ist“, sagte Hahn. Und die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini ergänzte: „Für unsere sechs Partner bedeutet dies, die Vergangenheit zu überwinden; für uns alle bedeutet es, die Annäherung des westlichen Balkans an die Europäische Union unumkehrbar zu machen und die Einheit des Kontinents wiederherzustellen.“

Aussöhnung steht an erster Stelle

Dringendstes Anliegen der Kommission in der Region sind die Aussöhnung und gutnachbarliche Beziehungen zwischen den Ländern unter Achtung von Rechtsstaatlichkeit, Grundrechten und

guter Regierungsführung. „Die Region muss sich diese grundlegenden Werte der EU wesentlich nachdrücklicher zu eigen machen“, heißt es in der Strategie. „Ihre Missachtung schreckt zudem Investoren ab und bremst den Handel.“ Schwelende Konflikte aus der Vergangenheit müssten bis zu einem EU-Beitritt beigelegt werden. So sei für eine Aufnahme Serbiens ein rechtsverbindliches Abkommen über die Normalisierung der Beziehungen zum Kosovo Bedingung.

Unterstützung bei der Aussöhnung, etwa durch eine regionale Kommission „zur Wahrheitsfindung in Bezug auf Kriegsverbrechen“ gehört zu sechs von der EU-Kommission vorgeschlagenen Leitinitiativen für die Region. Ebenso die Beratung zu Fragen der Rechtsstaatlichkeit sowie eine intensivere Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von organisierter Kriminalität und Terrorismus sowie bei Grenzsicherung und Migrationsmanagement. Die weiteren Leitinitiativen sind:

- > Unterstützung der sozioökonomischen Entwicklung. Etwa durch verstärkte EU-Garantien für private Investitionen, Hilfe für Mittelstand und Handel und eine Verdoppelung der Mittel für das Austauschprogramm Erasmus+.
- > Bessere Anbindung der Länder an die Verkehrs- und Energienetze der EU und ihre Integration in die Energieunion.
- > Unterstützung bei der Digitalisierung, zum Beispiel Aufbau von Breitbandverbindungen, elektronischer Behörden- und Gesundheitsdienste, Vermittlung digitaler Kompetenzen.

Solange die Staaten des westlichen Balkans ihren Reformkurs fortsetzen, wird sich die EU-Kommission dafür einsetzen, dass sie eine Zukunft in der EU haben. Mit dieser Botschaft will Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker Ende des Monats in die Region reisen. Er kann dann die von der Kommission vorgelegte Strategie zur Unterstützung der EU-Beitrittsperspektive der sechs Länder präsentieren. „Die Investition in die Stabilität und den Wohlstand der westlichen Balkanländer ist eine Investition in die Sicherheit und Zukunft unserer Union“, sagte Juncker. Wie rasch die Staaten auf dem Weg in Richtung EU-Beitritt vorankommen, hänge ausschließlich von ihrer Entwicklung und den objektiv erreichten Reformen ab.

Serbien und Montenegro sind am weitesten

Die einzigen Länder, mit denen bisher Beitrittsverhandlungen aufgenommen wurden, sind Serbien und Montenegro. Diese sind laut Kommission weit fortgeschritten. Mit starkem politischem Willen, echten und nachhaltigen Reformen etwa im Bereich Rechtsstaatlichkeit sowie der Beilegung aller Nachbarschaftsstreitigkeiten, „könnten sie mit dem Zeithorizont 2025 potenziell für die Mitgliedschaft bereit sein“, erklärte die Kommission.

„Ein friedliches Europa ist auf ein gutes Zusammenleben auch der westlichen Balkanstaaten angewiesen“, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel im Januar. Daher hätten die Staaten des westlichen Balkans zu Recht eine europäische Perspektive. Die Beitrittskriterien müssten aber erfüllt sein. Zudem müsse es sichtbare Erfolge geben, vor allem bei den „Möglichkeiten für Menschen, sich zu begegnen“. (frh/ste) >

Westbalkan-Strategie

Gipfeltreffen am 17. Mai

Die von der EU-Kommission vorgelegte Beitrittsstrategie soll von den EU-Staats- und Regierungschefs mit ihren Amtskollegen aus den sechs Ländern bei einem Westbalkan-Sondergipfel am 17. Mai in Sofia besprochen werden.

„TAG DES SICHEREN INTERNETS“

Online-Sicherheit von Kindern steht 2018 im Vordergrund

Digitale Technologien nehmen eine immer größere Bedeutung im Alltag und Berufsleben der Europäerinnen und Europäer ein. Für 2020 wird erwartet, dass es auf der Welt etwa 20,4 Milliarden vernetzte Geräte gibt. Derzeit sind es rund 8,4 Milliarden. Gleichzeitig fühlen sich 51 Prozent aller EU-Bürger nicht oder nicht gut über Cyber-Bedrohungen informiert und 86 Prozent glauben, dass die Gefahr zunimmt, ein Opfer von Cyber-Kriminalität zu werden. Um die Menschen besser für den Umgang mit der digitalen Welt zu wappnen, unterstützt die EU-Kommission den jährlichen „Tag des sicheren Internets“. Bei dessen 15. Auflage am 6. Februar fanden weltweit in 140 Ländern Veranstaltungen statt.



Eltern können viel für die Medienkompetenz ihrer Kinder tun, indem sie ihnen zeigen, wie man sich sicher im Internet bewegt.

© Shutterstock

> „Die Sensibilisierung für die Online-Risiken ist grundlegend wichtig für Eltern wie für Kinder“, erklärte Andrus Ansip, der für den digitalen Binnenmarkt zuständige Vizepräsident der EU-Kommission. „Alle können mehr auf ihr Online-Verhalten achten und zum Beispiel zweimal nachdenken vor dem Teilen bestimmter Inhalte, dem Öffnen verdächtiger E-Mails oder regelmäßig ihre Passwörter ändern.“ In diesem Jahr ist der Tag des sicheren Internets der Auftakt zu einer ganzen Serie von Initiativen in der EU. Es geht darum, das kritische Denken, die Medien- und Digitalkompetenz der Menschen zu stärken, vertrauenswürdige Informationsquellen zu finden sowie Regeln der „Cyber-Hygiene“ zu vermitteln. Dabei stehen Kinder und Jugendliche besonders im Blickpunkt.

Mariya Gabriel, EU-Kommissarin für digitale Wirtschaft und Gesellschaft, eröffnete die Kampagne „#SaferInternet4EU“. Zu deren Fixpunkten zählt etwa eine Konferenz mit der Allianz zum besseren Schutz Minderjähriger im Internet, einem Zusammenschluss von über 40 führenden Informationstechnik- und Medienunternehmen sowie Nichtregierungsorganisationen, UNICEF und anderen, am 21. März in Brüssel. Im September gibt es eine Aufklärungskampagne an Schulen, und der Oktober wird zum Monat der Cybersicherheit erklärt, in der auch die „Woche des Programmierens“ stattfindet. Der November bringt den internationalen Tag der Kinderrechte und das Safer Internet Forum.

Online-Schulung für Lehrer

Bei diesem werden auch die Preise für einen am 1. März startenden EU-Wettbewerb verliehen, bei dem gute Ideen und Initiativen belohnt werden sollen, das Internet für Kinder und Jugendliche sicherer zu machen. Die Kommission unterstützt die Vermittlung von Medienkompetenz und digitalen Fähigkeiten auch durch einen Online-Kurs für europäische Lehrerinnen und Lehrer, die Methoden an die Hand bekommen sollen etwa gegen Fake News, Cyber-Mobbing oder Radikalisierung durch das Internet vorzugehen. Diese gehören zu den verbreitetsten Online-Gefahren, ebenso wie die Konfrontation mit Hass und Gewalt, Sex, Annäherungsversuche von Erwachsenen an Kinder und die Verletzung von Privatsphäre etwa durch vernetztes Spielzeug mit „Lauschfunktion“.

Regeln für mehr Sicherheit im Web sind auch in verschiedenen EU-Gesetzen verankert, darunter folgende:

- > eCommerce-Richtlinie
- > Datenschutzgrundverordnung
- > Richtlinie gegen sexuellen Missbrauch und Kinderpornographie
- > Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste

Zahlreiche Angebote in Deutschland

Organisiert werden der Tag des sicheren Internets, Schulungen und Aufklärungsarbeit von den internationalen Netzwerken „Inhope“ und „Insafe“. Zu letzterem gehören etwa Safer In-

ternet Centres (SIC) in den EU-Mitgliedstaaten, die aus dem EU-Haushalt mit 11 Mio. Euro pro Jahr unterstützt werden. Das deutsche SIC ist in Ludwigshafen angesiedelt. Von hier aus werden etwa die Informationskampagne „Klicksafe“, die Meldestellen „internet-beschwerdestelle.de“ und „jugendschutz.net“ sowie über 100 Telefonberatungsstellen des Vereins „Nummer gegen Kummer“ koordiniert.

Wichtige Akteure in Deutschland bei der Gefahrenabwehr im Internet sind auch das Deutsche Kinderhilfswerk, die Kindersuchmaschine „fragFINN.de“ und das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI). Bundeskanzlerin Angela Merkel rief zum Safer Internet Day auf, die Angebote zu nutzen und sorgsam mit persönlichen Daten umzugehen. „Es geht letztlich um die Souveränität jedes einzelnen Menschen“, so Merkel. (frh) >

Tag des sicheren Internets

#SaferInternet4EU-Botschafter

Um die EU-Kampagne „#SaferInternet4EU“ bekannt zu machen, werden Botschafter gesucht, die über die Angebote reden, schreiben und dafür werben wollen. Angesprochen sind nicht nur Politiker, sondern auch Jugendliche, Eltern und Lehrer.

<https://www.betterinternetforkids.eu/web/portal/ambassadors>

Kultur zeigt Vielfalt und Gemeinsamkeiten in Europa



„Kultur ist gewissermaßen der Kitt, der uns zusammen hält“, sagte Richard Kühnel, Vertreter der EU-Kommission in Deutschland, bei der Eröffnung des Kulturerbejahrs in Berlin.

2018 ist zum Europäischen Jahr des Kulturerbes erklärt worden. Der Startschuss für tausende von Veranstaltungen quer durch die EU-Staaten fiel in Mailand, die nationale Auftaktveranstaltung fand in Hamburg statt, und nun wurden bei der Programmeröffnung in der Bundeshauptstadt Berlin weitere konkrete Projekte vorgestellt. „Kulturerbe ist etwas, woran man nicht nur die herrliche Vielfalt unserer Gesellschaften, sondern auch ihre Gemeinsamkeiten besonders gut erkennen und sich vergegenwärtigen kann“, sagte Richard Kühnel, Vertreter der EU-Kommission in Deutschland, dabei.

> „In Zeiten von Brexit, Migration und erstarrendem Populismus ist es wichtiger denn je, dass wir Europäerinnen und Europäer uns dieser Gemeinsamkeiten bewusst sind“, so Kühnel. Diese Gemeinsamkeiten seien es, die EU-Bürger über alle Differenzen und Unterschiede hinweg zu der Wertegemeinschaft verbinden, die auch die Grundlage für die Schaffung der Europäischen Union war. „Kultur ist gewissermaßen der Kitt, der uns zusammen hält“, sagte Kühnel.

Bei der Auftaktveranstaltung in Berlin stellten verschiedene Organisationen Projekte vor, die sie im Kulturerbejahr in Berlin verwirklichen wollen. Etwa das Berliner Zentrum Industriekultur (BZI) und die Hochschule für Technik und Wissenschaft (HTW), die bis 2019 Kindern und Jugendlichen das Erbe der Industriekultur mit neuen Formen nahebringen wollen.

Kultur stärkt Gemeinschaft

Die Kultur vermittelt den Deutschen mit am stärksten das Gefühl, mit anderen EU-Bürgern eine Gemeinschaft zu bilden. In einer Eurobarometer-Umfrage setzten 29 Prozent der Befragten in Deutschland bei einer entsprechenden Frage Kultur auf Platz eins. Das war zusammen mit „Rechtsstaatlichkeit“ der höchste Wert. Außerdem stimmten 87 Prozent der Deutschen und acht von zehn Befragten EU-weit der Aussage zu, dass es die Vielfalt der europäischen Kultur sei, die ihre Einzigartigkeit und ihren besonderen Wert ausmache.

Jugendliche auf Entdeckungstour

Kern des Projekts bilden ein „Entdeckerprogramm“ zur Industriekultur, das sich vornehmlich an Schulklassen richtet, ein Fotowettbewerb und viele Veranstaltungen. Ziel ist es, dass sich Kinder und Jugendliche, auch aus sozialen Brennpunkten, mit dem industriekulturellen Erbe Berlins identifizieren können. Dazu wird ausdrücklich der Aspekt von Migration und Industriegeschichte einbezogen.

Gemeinsame Geschichte und Kultur der Europäer ist in diesem Jahr auch wichtiger Bestandteil der normalerweise zweimal im Jahr stattfindenden „Tour d'Europe“ für Schülerinnen und Schüler ab Klassenstufe 11. Sie wird vom Berliner Senat mit Unterstützung des Vereins Bürger Europas e.V. organisiert.

Die Stiftung „Topographie des Terrors“ will im Europäischen Kulturerbejahr den ehemaligen Flughafen Tempelhof in den Mittelpunkt rücken. Die verschiedenen Aspekte seiner europäischen Geschichte sollen durch eine temporäre Ausstellung und durch Veranstaltungen wie Workshops und Begegnungen mit jungen Menschen und Zeitzeugen aus ganz Europa beleuchtet werden. Thematisiert werden laut der Stiftung dabei etwa die NS-Zeit, als der Flughafen auch Zwangsarbeiterlager und Teil der Rüstungsproduktion war. Eine völkerverbindende Rolle hatte Tempelhof zur Zeit des Kalten Krieges als „Tor zur freien Welt“ für Ostblock-Emigranten und als Ort der Luftbrücke.

Das Museum für Vor- und Frühgeschichte und der Verband der Landesarchäologen wollen mit der Ausstellung „Bewegte Zeiten. Archäologie in Deutschland“ im Martin-Gropius-Bau verdeutlichen, dass schon vor mehreren tausend Jahren die Grundlagen eines gemeinsamen Europa gelegt wurden, aus denen ein einzigartiges kulturelles Netzwerk entstand, das die Europäer bis heute prägt. Gezeigt werden über 1.000 hochrangige Exponate von der Steinzeit bis ins 20. Jahrhundert. Etwa die Hafenummauer des römischen Köln aus fast 2.000 Jahre alten Eichenbohlen, die in den letzten Jahren beim Bau der Kölner U-Bahn freigelegt wurde.

Die Hintergründe von Namen verstehen

Auch in der Benennung von Orten, Gebäuden und Personen ist oft gemeinsames kulturelles Erbe zu finden. Mit diesem Thema beschäftigt sich das Projekt „Bei Deinem Namen genannt“ der Evangelischen Kirche in Deutschland. Eine Mitmachausstellung in je einer Marien- und Nikolaikirche in allen 16 Bundesländern zeigt Namensformen von Maria und Nikolaus in vielen Sprachen Europas, Kirchen mit diesen Namen in Deutschland und Europa sowie Erläuterungen zur ikonografischen Bedeutung. Das Gartennetz Deutschland stellte sein gemeinsam mit französischen Partnern geplantes Projekt „Rendezvous im Garten/Rendezvous aux jardins“ vor. Dazu soll es in beiden Ländern am ersten Wochenende im Juni Aktionstage geben. (frh) >

■ *Europäisches Kulturerbejahr 2018*

DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> 19.02.2018 10.00–13.00 Uhr	„European Film Forum im Rahmen der Berlinale. The Future of Media: Connecting Europeans through Film“ Informationsveranstaltung Veranstalter: Creative Europe MEDIA	The Ritz-Carlton Potsdamerplatz 3 10785 Berlin	http://creative-europe-desk.de/artikel/2018-01-30/Save-the-date:-MEDIA-auf-der-Berlinale/?id=4187
> 19.02.2018 19.30–21.00 Uhr	„Schulabschluss, was nun? Ab nach Europa!“ Informationsveranstaltung Veranstalter: Europe Direct Relais Rhein-Main	Friedrich-Ebert-Gymnasium - Mittel- und Oberstufenzentrum In der Seewiese 1 63165 Mühlheim am Main	http://veranstaltungen.op-online.de/region/
> 21.02.2018 18.00 Uhr	„Europa ganz oder gar nicht – brauchen wir die Vereinigten Staaten von Europa?“ Diskussionsveranstaltung Veranstalter: Inforadio rbb	Europäisches Haus Unter den Linden 78 10117 Berlin	https://ec.europa.eu/germany/events/europa-ganz-oder-gar-nicht-%E2%80%93-brauchen-wir-die-vereinigten-staaten-von-
> 22.02.2018 12.00–18.00 Uhr	„High Level Conference on Sustainable Finance“ Konferenz Veranstalter: DIW Berlin, Vertretung der EU-Kommission in Deutschland, The German Hub for Sustainable Finance	Europäisches Haus Unter den Linden 78 10117 Berlin	www.fair-finance-institute.de/2018/01/19/2018-02-22-berlin-conference-on-sustainable-finance/
> 23.02.2018 17.30–19.30 Uhr	„Von München nach Ostholstein – Eine sicherheits- und verteidigungspolitische Nachlese“ Informationsveranstaltung Veranstalter: Europa-Union Schleswig-Holstein, Ortsverband Neustadt in Holstein, Reservistenverband Schleswig-Holstein	Rathaus Markt 15 23611 Bad Schwartau	www.europatermine.de/termine/datum/2018/februar/23/termin/einzel/von_muenchen_nach_ostholstein_eine_sicherheits_und_verteidigungspolitische_nachlese.html
> 23.02.2018 19.30 Uhr	Neue Texte aus Europa – Alek Popov aus Bulgarien liest aus seiner Erzählung „Ein Platz an der Sonne“ Lesung Veranstalter: Regionalvertretung der Europäischen Kommission in Bonn	Haus der Bildung Mülheimer Platz 1 53111 Bonn	https://ec.europa.eu/germany/events/literatur-deurope-neue-texte-aus-europa-alek-popov-aus-bulgarien-liest-aus-seiner-erz%C3%A4hlung_de
> 26.02.2018 19.00 Uhr	„Hat der Euro eine Zukunft?“ Vortrag und Diskussion mit Bundesfinanzminister a.D. Hans Eichel Veranstalter: Europa-Union Kassel e.V.	Evangelisches Forum Lutherplatz 34117 Kassel	www.europatermine.de/termine/datum/2018/februar/26/termin/einzel/hat_der_euro_eine_zukunft.html
> 01.–11.03.2018 19.00 Uhr	„Mittel Punkt Europa“ Filmfest Veranstalter: Das Tschechische Zentrum, Europaeum. Ost-West-Zentrum der Universität Regensburg	Filmuseum München Sankt-Jakobsplatz 1 80331 München Filmgalerie im Leeren Beutel Bertoldstraße 9 93047 Regensburg	www.mittelpunkteuropa.eu/
> 06.03.2018 19.00–21.00 Uhr	„Europa und die Demokratie. Wie demokratisch ist die Europäische Union?“ Vortrag und Diskussion Veranstalter: Europa-Union Hessen e.V.	Stadhalle Kronberg Berliner Platz 61476 Kronberg	www.europa-union-hessen.de/

> Alle Termine zum Nachlesen und Anklicken finden Sie auch noch einmal hier: https://ec.europa.eu/germany/news/eu-newsletter_de

IMPRESSUM



Vertretung in Deutschland

© Europäische Union, 2018

Herausgeber:

Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:

Leitung: Richard Kühnel
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

Regionalvertretung in Bonn:

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Regionalvertretung in München:

Bob-van-Benthem-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:

Reinhard Hönighaus, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)
Frank Hütten, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski
MBI Martin Brückner Infosource GmbH & Co. KG • Rudolfstraße 22-24
• 60327 Frankfurt am Main • E-Mail: cp.contact@mbi-infosource.de

Herstellung:

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH
Klimaneutral gedruckt und mit FSC®-Zertifizierung als Nachweis der Holzherkunft aus guter Waldbewirtschaftung.



Haftungsausschluss:

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook  und folgen Sie uns auf Twitter 

90. ACADEMY AWARDS IN HOLLYWOOD

Sieben Filme mit EU-Förderung sind für Oscars nominiert

Gleich sieben Filme, die mit Geld aus dem EU-Programm „Creative Europe MEDIA“ unterstützt wurden, sind für einen Oscar nominiert worden. Die Filme haben Geld aus dem EU-Budget erhalten, um entweder ihre Entwicklung oder ihren grenzüberschreitenden Verleih und Vertrieb in Europa zu fördern. Insgesamt gibt es zehn Nominierungen für die MEDIA-Filme, denn das romantische Drama „Call

me by your name“ von Luca Guadagnino, eine italienisch-französisch-US-amerikanisch-brasilianische Ko-Produktion, ist gleich in vier Kategorien nominiert: Bester Film, bestes adaptiertes Drehbuch, bester Filmsong und Hauptdarsteller Thimotée Chalamet als bester Schauspieler.

Bewerber um den Titel „bester Kurz-Animationsfilm“ ist „Revoltin' Rhymes“ von Jakob Schuh und Jan Lachauer. Die Oscars werden am 4. März in Hollywood vergeben.

■ [Oskar-Nominierungen für MEDIA-Filme](#)

LORENZO-NATALI-PREIS DER EU-KOMMISSION

Beste Medienbeiträge zur Entwicklungspolitik gesucht

Journalistinnen und Journalisten, die über die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Aspekte von Entwicklungszusammenarbeit und den Kampf gegen Armut berichten, können sich um den Lorenzo-Natali-Medienpreis der EU-Kommission bewerben. Damit sollen Medienschaffende, die Beiträge in Fernsehen, Hörfunk, Printmedien oder Internet veröffentlicht haben, ermutigt werden, sich weiter für das Thema zu engagieren. „In einer Zeit der Desinformation, der Fake News und der digitalen Algorithmen brauchen wir einen faktengestützten professionellen Journalismus mehr denn je“, sagte der EU-Kommissar für internationale Zusammenarbeit und Entwicklung, Neven Mimica.



In dem Wettbewerb gibt es zwei Altersgruppen (21 bis 26 sowie ab 27 Jahre) und fünf Weltregionen. Zusätzlich zu diesen zehn Gewinnern wird ein Gesamtsieger gekürt und es gibt einen Sonderpreis zum Thema Gewalt gegen Frauen. Beiträge können bis zum 9. März eingereicht werden.

■ [Lorenzo-Natali-Preis ausgeschrieben](#)

FÖRDERMITTEL KÖNNEN BEANTRAGT WERDEN

EU hilft Städten beim Umwelt- und Klimaschutz

Städte und Gemeinden in der EU können weitere Hilfen aus dem Gemeinschaftshaushalt bekommen, um bestimmte Aktionen für Umwelt- und Klimaschutz zu finanzieren. Bis zum 30. März können Mittel für „Urban Innovative Actions“ beantragt werden. Über diesen Aufruf stehen bis zu 100 Mio. Euro aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) bereit. Gefördert werden sollen kreative Projekte in den Bereichen Anpassung an den Klimawandel, Verbesserung der Luftqualität, klimafreundliche Gebäude und „Jobs und Fertigkeiten für die örtliche Wirtschaft“.

Die Fördermittelinitiative gebe „Städten die Mittel, die sie brauchen, um ihre guten Ideen zu bahnbrechenden Projekten zu entwickeln, die andere Städte in Europa inspirieren können“, sagte die für Regionalpolitik zuständige EU-Kommissarin Corina Crețu.

■ [Zur Antrags-Website](#)

JUVENES TRANSLATORES

Schülerin aus Leverkusen gewinnt EU-Preis

Die 17-jährige Rebekka Mattes ist die deutsche Siegerin im EU-Wettbewerb für Nachwuchsübersetzer, „Jvenes Translatores“. Die Schülerin der Marienschule in Leverkusen-Opladen hatte sich unter den 552 möglichen Kombinationen von zwei der 24 EU-Amtssprachen für eine Übersetzung vom Ungarischen ins Deutsche entschieden. Die Jury fand ihre Arbeit auch deshalb bemerkenswert, weil die Strukturen dieser beiden Sprachen sehr unterschiedlich sind. Mattes darf nun am 10. April nach Brüssel reisen, wo die 28 Landessieger von EU-Kommissar Günther Oettinger ihre Preise bekommen. Eine Reihe anderer deutscher Schüler werden noch spezielle Auszeichnungen erhalten.

Der Preis Jvenes Translatores wird seit 2007 von der EU-Kommission vergeben. Er soll das Erlernen von Fremdsprachen in der Schule fördern und jungen Menschen einen Eindruck von der Arbeit des Übersetzens geben. 2017 gab es über 3.300 Teilnehmer aus der ganzen EU. Sie mussten einen Text zum 60. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge übersetzen. Der Wettbewerb für 2018 wird im Herbst ausgeschrieben.

■ [Jvenes Translatores](#)